

Bankenbrief - Ausgabe 2021-129

Das Thema

EZB hebt Inflationsziel auf zwei Prozent an

Europas Währungshüter verschaffen sich beim Thema Inflation mehr Spielraum. Die Europäische Zentralbank (EZB) strebt künftig für den Euroraum eine jährliche Teuerungsrate von 2 Prozent an, wie sie heute mitteilte. Das ist zwar etwas höher als die bisher veranschlagten "unter, aber nahe zwei Prozent". Zugleich jedoch wird die EZB bei ihrem Bestreben, mittelfristig Preisstabilität im Währungsraum der 19 Staaten sicherzustellen, künftig zumindest zeitweise "moderat über dem Zielwert" liegende Inflationsraten akzeptieren. Mit einem solchen "symmetrischen" Inflationsziel ist die Notenbank nicht mehr unmittelbar zum Reagieren gezwungen, sollten die Inflationsraten zeitweilig nach oben oder nach unten von dem prozentualen Ziel abweichen. "Die neue Strategie ist ein starkes Fundament, das uns bei der Durchführung der Geldpolitik in den kommenden Jahren leiten wird", sagte EZB-Präsidentin Christine Lagarde. Die Euro-Währungshüter empfehlen zudem, künftig auch die Preise für selbstgenutzte Wohnimmobilien mit in die Berechnung der Inflationsrate aufzunehmen, die für sie ein zentraler Gradmesser für ihre Geldpolitik ist. Dies sieht die EZB jedoch als längeren Prozess. Das veränderte Inflationsziel ist ein Kernergebnis der Überprüfung der geldpolitischen Strategie, welche die seit 1. November 2019 amtierende Präsidentin Lagarde angestoßen hatte. "Die EZB verschafft sich mit ihrem neuen Inflationsziel von 2 Prozent mehr Freiraum, um auch bei steigenden Preisen an ihrer extrem expansiven Geldpolitik festhalten zu können", sagte Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes. "Das heißt, Wirtschaft und Sparer im Euroraum werden sich auf absehbare Zeit leider auch weiterhin auf Negativzinsen einstellen müssen. Um ungewollte Nebenwirkungen der Negativzinsen zu vermeiden, ist es jetzt umso wichtiger, dass die EZB die Freibeträge für Banken endlich erhöht."

[bloomberg.com]

[finanzen.net]

[boerse-online.de]

[youtube.com] [Video Pressekonferenz Lagarde](#)

[bankenverband.de]

Meldungen

EPI kostet wohl mehr als vier Milliarden Euro

Die Mitglieder der European Payments Initiative (EPI) diskutieren zurzeit sehr intensiv über das weitere Vorgehen. Wie heute unter Berufung auf Insider berichtet wurde, rechnen die beteiligten Geldhäuser mit Kosten von bis zu 4,2 Milliarden Euro innerhalb der nächsten vier Jahre für den Aufbau eines eigenen, europäischen Bezahlsystems. Eine Entscheidung darüber soll im September fallen. Die EPI hat sich zum Ziel gesetzt, eine hiesige Alternative zu den großen US-Anbietern wie Mastercard, Visa oder PayPal zu entwickeln. Momentan hat die EPI 31 Banken und zwei Zahlungsdienstleister als Mitglieder. Aus Deutschland sind die Sparkassen, die Commerzbank und die Deutsche Bank dabei.

[handelsblatt.com]

Richter genehmigen Verwarentgelte

Das Leipziger Landgericht hat von der Sparkasse Vogtland erhobene Verwarentgelte auf Girokonten für Neukunden in einem heutigen Urteil als zulässig erklärt. Es wies damit eine Klage der Verbraucherzentrale Sachsen ab. In seiner Urteilsbegründung erklärte das Gericht, dass die Verwarentgelte bei Vertragsabschluss in den Vertragsanlagen der Kunden enthalten gewesen seien und es sich damit um individuelle Vereinbarungen und nicht um eine Klausel in den allgemeinen Geschäftsbedingungen gehandelt habe.

[zeit.de]

BaFin: Banken müssen BGH-Urteil "zeitnah" umsetzen

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat heute die Banken aufgefordert, das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu unzulässigen Gebührenerhöhungen "zeitnah" umzusetzen. Die Aufsicht werde "ein wachsames Auge" auf die Anpassungen nach dem Urteilsspruch haben; ob es auch zu Maßnahmen der BaFin kommen könne, werde noch geprüft.

[handelsblatt.com]

Impfchwänzer kein Problem bei Banken

Die meisten Mitarbeiter deutscher Banken und Sparkassen, die sich zum Impfen angemeldet haben, nehmen ihre Termine auch wahr. Dies ergab heute die Umfrage eines Finanzmagazins. Beispielsweise hat die Deutsche Bank eigenen Angaben zufolge bislang rund 7.000 Mitarbeitern zur Erstimpfung verholfen, während die Commerzbank etwa 1.500 ihrer Mitarbeiter geimpft hat. Bei beiden Banken sei der Großteil der Banker auch zu den Impfterminen erschienen, hieß es. Insgesamt flaute die Nachfrage nach Terminen aber leicht ab, sagte ein Commerzbank-Sprecher.

[finanzbusiness.de]

Commerzbank: Nullrunde für außertariflich Beschäftigte

Bei der Commerzbank wird es in diesem Jahr keine Gehaltsanpassungen für außertariflich Beschäftigte geben. Wie heute berichtet wurde, hat das Geldhaus diese Nachricht im Intranet veröffentlicht. "Wir haben unseren Investoren versprochen, Sach- und auch Personalkosten [...] weiter zu senken und die Bank wieder profitabel zu machen. Dazu stehen wir ohne Wenn und Aber", schrieb Personalchefin Sabine Schmittroth in der Mitteilung.

[finanz-szene.de]

Younited Credit: Mit frischem Geld stärker Fuß in Deutschland fassen

Die französische Kreditplattform Younited Credit hat von Goldman Sachs und Bridgepoint in einer neuen Finanzierungsrunde 170 Millionen US-Dollar (144 Millionen Euro) bekommen. Wie heute berichtet wurde, will das Fintech-Unternehmen damit auch seine Expansion in Deutschland ausbauen. Younited Credit ist seit dem Frühjahr 2020 hier aktiv.

[handelsblatt.com]

Londoner Fintechs mit Rekord-Funding

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben Start-ups aus der Finanzbranche in London so viel Geld bei Investoren eingesammelt, wie nie zuvor. Wie heute berichtet wurde, flossen 5,3 Milliarden US-Dollar (4,5 Milliarden Euro) an die Unternehmen. Im Vorjahreszeitraum waren es 2,1 Milliarden Dollar (1,8 Milliarden Euro).

[newsbuzz.in]

Danske Bank hebt Ausblick an

Die Danske Bank ist aufgrund einer niedrigeren Belastung durch ausfallgefährdete Kredite und gutlaufender Geschäfte für dieses Jahr deutlich zuversichtlicher als zuvor. Wie das Geldhaus heute mitteilte, rechnet Dänemarks größter Kreditgeber im Zuge der konjunkturellen Erholung nun mit einem Nettogewinn von mehr als zwölf Milliarden dänischen Kronen (1,6 Milliarden Euro) – statt mit zwischen neun Milliarden und elf Milliarden Kronen (zwischen 1,2 Milliarden und 1,5 Milliarden Euro).

[bloomberg.com]

Fed diskutiert Pläne für Herunterfahren der Konjunkturhilfen

Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) führt aktuell eine Debatte über eine künftige Reduzierung der Konjunkturhilfen. Dies geht aus den Protokollen der jüngsten Fed-Sitzung hervor, wie Medien heute berichteten. Demnach wollen die Währungshüter an dem Ankauf von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren festhalten, bis entscheidende Fortschritte bei der Preisstabilität und der Arbeitslosigkeit erreicht sind.

[boerse-online.de]

Deutsche Exporte nur schwach angestiegen

Die weltweite Erholung der Konjunktur hat der deutschen Exportwirtschaft lediglich einen leichten Aufschwung im Monatsvergleich beschert. Im Mai 2021 wurden Waren "Made in Germany" im Wert von 109,4 Milliarden Euro ins Ausland geliefert, wie das Statistische Bundesamt heute mitteilte. Das waren

36,4 Prozent mehr als im schwachen Vorjahresmonat, als der Außenhandel coronabedingt eingebrochen war. Von April auf Mai 2021 stiegen die Ausfuhren um 0,3 Prozent.

[finanznachrichten.de]

AllianzGI verbannt Kohleunternehmen

Allianz Global Investors (AllianzGI) will noch in diesem Jahr Kohleförderer und Kohlekraftwerksbetreiber vollständig aus seinen Publikumsfonds ausschließen. Von Dezember an werde die deutsche Vermögensverwaltungs-Tochter der Allianz nicht mehr in Firmen investieren, die mehr als 30 Prozent ihres Jahresumsatzes aus dem Abbau von Kohle erzielen oder deren Stromerzeugung zu mehr als 30 Prozent auf Kohle basiert, teilte das Unternehmen heute mit. Mit dieser neuen Politik wolle AllianzGI seine Portfolien auf dem Weg in Richtung Klimaneutralität positionieren, erklärte Global Head of Investments Deborah Zurkow.

[e-fundresearch.com]

Die Köpfe

Fed-Mitglied Bostic weist auf Folgen der Delta-Variante hin

Der Präsident des Notenbank-Ablegers von Atlanta, Raphael Bostic, hat sich besorgt wegen der Ausbreitung der Delta-Variante gezeigt. Ein neuer Anstieg der Corona-Infektionen könnte zum Rückzug von Verbrauchern und einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Erholung in den USA führen. In einigen Teilen des Landes gebe es beunruhigende Trends, sagte das Mitglied der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) laut eines Medienberichts.

[reuters.com]

Allianz-Experte El-Erian warnt vor US-Inflationsgefahr

Der Wirtschaftsberater der Allianz, Mohamed El-Erian, hat vor den Folgen einer Unterbewertung der Inflationsgefahr durch die US-Notenbank gewarnt. Laut heutigen Medienberichten sagte El-Erian in einem Fernsehinterview,

Bankenbrief

dass er täglich Beweise für eine länger anhaltende Inflation sehe. Sollte die Federal Reserve (Fed) weiterhin von einer nur vorübergehenden Inflation ausgehen und tatenlos bleiben, könne dies schwerwiegende Folgen haben, fügte er hinzu.

[finanzen.net]

Bitpanda-Gründer Demuth verrät Anlagestrategie

Eric Demuth, Gründer und CEO des österreichischen Fintech-Unternehmens Bitpanda, setzt bei der privaten Geldanlage vor allem auf Techaktien und ETFs. Er verfolge die Grundregel, nur in das zu investieren, was er auch wirklich verstehe, sagte Demuth in einem heute veröffentlichten Interview. Zudem liege der Anlagehorizont seiner Investments stets bei mindestens zehn Jahren, weshalb er kurzfristigen Entwicklungen gelassen gegenüberstehe.

[financefwd.com]

Der Tweet des Tages

"Die EZB verschafft sich mit der neuen Strategie mehr Freiraum." Bankenverbands-Chef Christian Ossig kommentiert die heute veröffentlichte neue Strategie der Europäischen Zentralbank. Mehr: go.bdb.de/b9Do3 [#EZB](#) [#ECB](#)

[twitter.com]

Am Vortag meistgeklickt

Warum es eigentlich nur vier Wochen Urlaub gibt

Wer in die gesetzliche Regelung des Urlaubsanspruchs schaut, wird eine Überraschung erleben. Lediglich 24 Tage sind darin festgeschrieben. Und diese Zahl gilt nur bei einer Sechs-Tage-Woche. Demnach stehen jedem Arbeitnehmer eigentlich nur vier Wochen Pause pro Jahr zu. Gut, dass die Tarifparteien dies meistens grundsätzlich anders geregelt haben. Auch dem

Bankenbrief

Wunsch mancher Angestellten, sich den Urlaub auszahlen zu lassen, steht das Gesetz im Wege. Welche rechtlichen Irrtümer es rund um den Urlaub noch gibt, lesen Sie hier:

[impulse.de]

Was morgen wichtig wird

In Venedig beginnt das zweitägige Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister aus den G20-Staaten. – Auf einer Konferenz des Europäischen Rechnungshofes sprechen unter anderem Valdis Dombrovskis, Vize-Chef der EU-Kommission, Andrea Enria, Chef der bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angeschlossenen Bankenaufsicht, und Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes.

Der Nachschlag

Wie richtige Entscheidungen getroffen werden

Wer wichtige Entscheidungen treffen muss, rennt häufig in immer die gleichen Denkfallen hinein. Für Bestsellerautor Rolf Dobelli gehört dazu beispielsweise der sogenannte Confirmation Bias. "Er beschreibt, dass wir hauptsächlich Informationen aufnehmen, die zu dem passen, was wir sowieso schon denken. Evidenzen, die nicht zu unserer Denkstruktur passen, filtert das Hirn automatisch heraus", sagt der Autor. Seine Empfehlung: "Wichtige Entscheidungen sehr rational zu treffen und eine Checkliste durchzugehen, um Denkfallen zu erkennen und zu vermeiden." Welche Fallstricke noch auf einen warten, lesen Sie hier:

[spiegel.de]
